

Beowulf von Prince, Schweizer Str.38, AT-6830 Rankweil, den 07.12.2022

Als Antwort auf den Brief an die Niederländer und dem offenen Brief an Herrn Klaus Schwab habe ich folgende Antwort erhalten:

*„Ich kenne diese Schritte, aber ich habe noch nie die Rechtsprechung in aktuellen Fällen zum Steuerrecht usw. finden können! Auch nicht in den Gruppen. Nur Gebühren für die Registrierung. Wenn dies garantiert, dass wir NICHT aufgekauft werden können, wenn Sie selbständig sind, warum wird dies nicht rechtlich begründet? Außerdem haben sie bereits ein neues, viel "besseres" Gesetz ausgearbeitet. Exklusives Recht auf Erstverkauf! Wir können unsere Betriebe nicht mehr zum freien Verkauf anbieten. Die Regierung hat nun das Recht, die Phosphatrechte und unser Land zuerst zu kaufen!!! Es ist nur noch das, was der Narr mit dieser Monopolstellung dafür gibt. Außerdem haben unsere Betriebe durch das Stickstoffticket und die bösen Pläne mit Natura 2000 stark an Wert verloren. Haben Sie auch dafür eine Lösung?“*

Übersetzt mit [www.DeepL.com/Translator](http://www.DeepL.com/Translator) (kostenlose Version)

Antwort darauf und im Anhang Vorschlag für eine Klage:

Es gab kein Coronaproblem und es gibt kein Stickstoffproblem.

Das Problem ist, dass die Niederländer Angst vor der Erkenntnis haben, dass der gesamte Staatsapparat nicht nur einfach korrupt ist, sondern feindliche Agenten sind.

In der Schweiz hat sich eine Volksinitiative zur Justizreform gebildet. Über 130'000 Schweizer haben unterschrieben, dass der gesamte Staatsapparat von der „politischen Klasse“ (gemeint ist das World Economic Forum) zu Lasten der Bürger vereinnahmt wurde. Richterämter sind gekauft, was heute schon strafbar wäre.

Wie löst man das Problem?

Ganz einfach. Jeder, der durch Steuern finanziert wird, muss unterschreiben, dass er die allgemeinen Regeln des Völkerrechts einhält.

Finden die Niederländer keine Beamten, die das unterschreiben, kann ich das organisieren.

Wer den 2 (Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Deutsche Demokratische Republik (DDR)) + 4 (Mächte) Vertrag aus dem Jahre 1990 anerkennt, der erkennt die Verfassung der BRD und das Staatsangehörigkeitsgesetz der BRD an. Für den bin ich oberster Beamter der BRD. Wer den 2 + 4 Vertrag nicht anerkennt, für den bin ich verantwortlicher Repräsentant der Freien Stadt Danzig und wer die Freie Stadt Danzig nicht anerkennt, der erkennt den Friedensvertrag von Versailles nicht an und für den bin Vertreter des deutschen Kaisers.

Wer was anerkennt, ist nicht meine Sache. Ich habe eine dieser Positionen geerbt und wurde durch meine politische Verfolgung in diese Position gezwungen. Nach bisheriger Meinung der Richter in Washington DC bin ich verantwortlich für die Beendigung des Weltkrieges. Nach dem Stillschweigen der Vertreter der EU vor dem Gericht in Washington DC bin ich Vertreter des deutschen Kaisers.

Gleichgültig welche Position man anerkennt bin ich dafür verantwortlich, dass es in Europa einen Raum des Rechts, der Freiheit und der Sicherheit gibt, in dem die Rechte des Einzelnen die Interessen der Mehrheit überwiegen.

Den Bewohnern des Bundesgebietes der Bundesrepublik Deutschland hat man es ausdrücklich in das Grundgesetz geschrieben:

Art. 25 GG: *“Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen allen Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für jeden Bewohner des Bundesgebietes.“*

Das müssen sich die Niederländer mal vorstellen: Gesetze, die gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts verstossen, dürfen von Niemanden beachtet werden.

**Stimmen die Stickstoffverordnungen mit den allgemeinen Regeln des Völkerrechts überein?**

Eins nach dem anderen.

## **I. Beweis: Staatsapparat besteht aus feindlichen Agenten**

Zum Beweis, dass der gesamte niederländische Staatsapparat nicht für die Niederländer arbeitet, genügt es zwei nüchterne Fakten offen auszusprechen.

Wird die Angst davor, den Staatsapparat als Lügner und Betrüger zu entlarven überwunden, können die Niederländer folgendes tun:

1. Die Politiker von der Regierung bis zu den Bürgermeister öffentlich auffordern Stellung zu nachfolgenden Tatsachen zu beziehen. Wer zu den nachfolgenden Tatsachen schweigt, ist als Lügner und Betrüger entlarvt. Die Folge muss sein, dass nur noch der mit Steuern finanziert wird, der unterschreibt, dass er die allgemeinen Regeln des Völkerrechts einhält.
2. Sie können vom mir Abtretungen aus meinen umfangreichen Schadensersatzforderungen
  - a) aus Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg,
  - b) wegen meiner entschädigungslosen Enteignungen und Freiheitsberaubungen ausdrücklich wegen meiner Danziger Staatsangehörigkeit und
  - c) Schadensersatz aus dem Schiedsurteil vom 21. Okt. 2021 erhalten.
3. Sie können ein Schiedsgerichtsverfahren zur Stickstoffverordnung durchführen – siehe Anhang.

## **II. Es herrscht Krieg**

### **A. Der 2+4 Vertrag wurde nie umgesetzt**

Der eine nüchterne Fakt ist, dass der Friedensvertrag von 1990, der den Weltkrieg beenden sollte, nicht verwirklicht ist, der 2 (BRD und DDR) + 4 (Mächte) Vertrag. Dazu muss man nur Art. 1 des 2 + 4 Vertrages lesen und Art. 4 (2) und Art. 4 (6) des Einigungsvertrages zwischen der BRD und der DDR. In Art. 1 des 2 + 4 Vertrages verpflichten sich die „Deutschen“ eine Verfassung nach Art. 146 Grundgesetz zu beschliessen, in der die Grenzen des Staatsgebietes definiert sind, wie dies in Art. 23 Geltungsbereich Grundgesetz (GG) geregelt war. Einer Verfassung nach Art. 146 GG müssen die Danziger zustimmen. Der Zweite Weltkrieg begann mit dem Überfall auf die Freie Stadt Danzig. In % hat die Freie Stadt Danzig die grössten Verluste erlitten, aber als einziger Staat noch keine Reparationen erhalten. Ohne die Zustimmung der Danziger sind die Grenzen in Europa völkerrechtlich nicht anerkannt. Doch statt eine Verfassung zu beschliessen, vereinbarten die BRD und die DDR erstmal einen Einigungsvertrag. Nach Art. 3 tritt die DDR dem GG bei, doch zwei Sätze, Art. 4 (2) weiter, tritt die BRD und die DDR gemeinsam dem GG aus, in dem sie erklären, dass der Geltungsbereich des GG, Art. 23 aufgehoben wird. Ohne Geltungsbereich keine Geltung. In Art. 4 (6) wird bestätigt, dass eine Verfassung nach Art. 146 GG noch beschlossen werden muss. Man hat also das Gegenteil davon gemacht, was vereinbart war. Durch eine Änderung des Einigungsvertrages im Juli 2021 wird bestätigt, dass der Einigungsvertrag noch gilt. Das heisst, es herrscht definitiv noch Krieg.

### **B. Der Krieg wird aktiv über die Justiz geführt**

Der nächste Fakt ist, dass dieser Krieg aktiv über die Justiz geführt wird.

Dazu ist wieder, wie im letzten Jahrhundert von dem deutschen Bundesland Bayern ausgehend, Deutschland eine nationalsozialistische Diktatur.

**Ein Nazi ist kein Antisemit, Rassist und Faschist.** Ein Nazi verdreht die Begriffe. In der Regel ist das Gegenteil von dem wahr, was er behauptet. Er lügt und betrügt, aber nicht um sich ungerechtfertigt zu bereichern, sondern um jegliches verbindliche Recht zu beseitigen, damit er die vollkommene Macht über andere erlangt.

### **Die Unabhängigkeit der Richter wurde beseitigt:**

Dass Bayern eine nationalsozialistische Diktatur ist, kann man auch ganz einfach überprüfen. Nur ein kleines Beispiel: Herr Generalstaatsanwalt Lückemann des Oberlandesgerichts Bamberg wird zum Disziplinarvorgesetzten dieser Richter ernannt. Das ist ein Verstoß gegen das Gerichtsverfassungsgesetz, strafbar nach § 92 Strafgesetzbuch, usw..

### **Damit ist die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Richter international beseitigt:**

An allen internationalen Gerichten sitzen „Deutsche“. Zum Beispiel am Internationalen Gerichtshof in Den Haag Herr Prof. Dr. Georg Nolte und am Internationalen Strafgerichtshof Herr Prof. Dr. Bertram Schmitt. Herr Bertram Schmitt ist Honorarprofessor an der bayerischen Universität Würzburg. Er hat einen Kommentar zur Strafprozessordnung geschrieben. Er war auch am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte tätig. Beide geben sich als Staatsangehörige der BRD aus. In Wahrheit lehnen sie die Staatsangehörigkeit der BRD, das *ordre public* der BRD und die völkerrechtlichen Verträge der BRD ab. So hat zum Beispiel Bayern gegen den Auslieferentscheid des Schweizer Bundesamtes für Justiz verstoßen. So ein Verstoß ist ein Verstoß gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

Aus diesen beiden Tatsachen folgt, dass sich alle staatlichen Gerichte selbst für unzuständig erklärt haben. Alle Juristen müssten die bayerischen Verhältnisse kritisieren.

Das klingt nach Verschwörung. Aber es ist ja kein Geheimnis.

Zwei mutmassliche rumänische Bankräuber sollten von Irland nach Deutschland ausgeliefert werden. Sie stellten über irische Gerichte die Frage an den EUGH, ob deutsche Staatsanwälte unabhängig sind und Haftbefehle ausstellen dürfen. Der EUGH musste am 27. Mai 2019 feststellen, dass deutsche Staatsanwälte nicht unabhängig sind und nach EU-Recht keine Haftbefehle ausstellen dürfen. 5'000 Haftbefehle mussten neu ausgestellt werden.

Glauben die Niederländer, dass das, was die zwei mutmasslichen Bankräuber gewusst haben, alle Staatsanwälte, Richter, Rechtsanwälte und Hochschulprofessoren nicht wussten?

Und nun ist wieder alles in Ordnung? Weit gefehlt. Ein Richter aus Thüringen fragte den EUGH, ob er Haftbefehle ausstellen darf. Er begründet dies damit, dass die Gewalten nicht getrennt, sondern verschränkt sind. Er wird von Politikern ernannt und befördert und wurde auch bereits als Beamter eingesetzt. Der EUGH antwortet nicht. Der Richter hat selbst bereits geschrieben, dass er nicht nach den Gesetzen urteilt, sondern im politischen Interesse.

### **Wer steckt hinter der Zensur, dass die Unabhängigkeit der Richter beseitigt wurde?**

Wie kann es sein, dass alle Juristen, alle Politiker und die Presse es verschweigen, dass noch immer Krieg herrscht und Bayern wieder eine nationalsozialistische Diktatur ist? Wer hat ein Interesse an diesen Verhältnissen? Die Antwort kann nur sein, dass das World Economic Forum (WEF) daran Interesse hat. Dem WEF gehören zahlreiche multinationale Unternehmen als strategische Partner an. Alle haben Rechtsabteilungen in Deutschland. All deren Juristen müssten die deutschen Verhältnisse öffentlich kritisieren. Systematisch unfaire Gerichtsverfahren sind Kriegsverbrechen.

All die grossen Unternehmen haben ein Interesse daran, dass der Bürger nicht die gleichen Rechte vor Gericht hat, wie ein grosses Unternehmen. Die grossen Unternehmen bezahlen grosse Rechtsanwaltskanzleien. Über die Berufsverbände können sie Rechtsanwälte unter Druck setzen, in dem den Rechtsanwälten mit dem Entzug der Zulassung gedroht wird oder diese keine Prozesse mehr gewinnen.

Die Nazis konnten die Macht an sich reissen, in dem sie die Rechtsanwaltspflicht eingeführt haben. Dazu wurde auch noch die Ausweispflicht eingeführt, um Diskriminierungen rechtfertigen zu können. Aber wer einem anderen kein Recht zugesteht, kann auch nicht mehr Rechte beanspruchen.

Unter diesem Gesichtspunkt sollte man sich die Corona-Massnahmen ansehen.

Und jetzt soll den niederländischen Bauern ihr Eigentum und das Recht auf freie Berufswahl entzogen werden.

Es herrscht also Krieg, der mit juristischen Mitteln geführt wird.

### **III. Wie gewinnt man einen juristischen Krieg?**

#### **A. Die Wahrheit öffentlich machen**

Ganz einfach, man muss die Wahrheit öffentlich machen. Zu jedem Menschenrecht gehören öffentliche Gerichtsverhandlungen. Jedes Urteil soll ja Recht für jeden schaffen.

Was können die Niederländer tun?

Sie können allen Politikern, auch bereits auf Gemeindeebene dieses Schreiben vorlegen und zur Stellungnahme auffordern. Die Niederländer sollten fragen, warum (ich) Herr von Prince aufklärt und nicht die Politiker, Juristen und Beamten. Man bezahlt doch seine Steuern zuerst dafür, dass die Rechte des Bürgers gewahrt werden.

#### **B. Wie können auch die Niederländer wieder den Rechtsstaat herstellen?**

Nochmals: Den Bewohnern der BRD hat man es ausdrücklich in das Grundgesetz geschrieben:

*Art. 25 GG: "Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen allen Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für jeden Bewohner des Bundesgebietes."*

#### **C. Dazu muss man natürlich wissen, was die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind**

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind das, was von Anfang an zwischen Völkern gilt: Jede Staatsgründung beginnt damit, dass Bürger gemeinsames Recht vereinbaren und einen Richter im Streitfall ernennen. Dazu bezahlen die Bürger eine „Staatsgewalt“ mit Steuern, die das gegenseitig vereinbarte Recht auch durchsetzt.

Staaten unterscheiden sich durch unterschiedliches Recht.

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts bedeutet die gegenseitige Achtung des Rechts, das andere vereinbart haben.

Staat A darf einem Staatsangehörigen des Staates B dessen Wohnheitsrecht/Landesrecht/ordre public nicht entziehen. Im Streitfall entscheidet ein internationales Schiedsgericht. Internationale Schiedsurteile müssen deshalb von jedem Staat anerkannt werden. Die Achtung internationaler Schiedsurteile sind deshalb die allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

#### **Folgen eines Verstosses gegen das allgemeine Völkerrecht**

Werden internationale Schiedsurteile nicht vollstreckt, geht jeder Staatsangehörige, dessen Staat ein internationales Schiedsurteil nicht vollstreckt, in gesamtschuldnerische und solidarische Haftung, das heisst es haftet jeder mit seinem gesamten Vermögen. Ein Verstoß gegen die allgemeinen Regeln ist ein legaler Kriegsgrund. Es haftet jeder im Zweifelsfall mit seinem Leben, völlig legal.

#### **Der Unterschied zwischen einem staatlichen Gericht und einem Schiedsgericht**

Der Unterschied zwischen einem staatlichen oder auch institutionellen Gericht und einem Schiedsgericht ist der, dass bei einem Schiedsgericht die Parteien unmittelbar an der Ernennung der Richter beteiligt werden. Es gehört zur Vertragsautonomie/-freiheit, dass die Parteien im Streitfall selbst ihren Richter ernennen. Es kann sich niemand, auch kein Staat einem Gerichtsverfahren entziehen, bei dem er selbst Schiedsrichter vorschlagen kann. Im Schweizer Internationalen Privatrechtsgesetz (IPRG) ist dies geregelt.

#### **Das New Yorker Abkommen von 1958**

Im New Yorker Abkommen über die Anerkennung von Schiedsurteilen aus dem Jahre 1958 haben 168 Staaten anerkannt, dass auch nationale Schiedsurteile Vorrang vor staatlichen Gerichten haben. Dieses Abkommen unterscheidet nicht zwischen nationalen und internationalen Rechtsverhältnissen. Deshalb ist der Begriff „Schiedsvereinbarung“ für den Laien missverständlich.

Jedes Rechtsverhältnis ist eine Vereinbarung. Ein Rechtsverhältnis kommt stillschweigend, mündlich, schriftlich oder durch Handlung zustande. Betrifft es vermögensrechtliche Fragen, kann dieses Rechtsverhältnis geschieden werden.

Auch Gesetze sind nichts anderes als Schiedsvereinbarungen. Gesetze sind nichts anderes wie die allgemeinen Geschäftsbestimmungen zu einem Vertrag. Zum Beispiel die gesetzlichen Bestimmungen zur Ernennung der Richter. Soll davon abgewichen werden, dann ist dies ausdrücklich zu vereinbaren.

### **Internationales Rechtsverhältnis**

Im internationalen Rechtsverkehr hat eine Partei keinen Anteil an der Ernennung des Richters. Eine Partei kann den staatlichen Richter wegen des grundsätzlichen Verdachts der Befangenheit ablehnen, mit der Begründung, der staatliche Richter wird zugunsten des eigenen Staatsangehörigen entscheiden. Bei internationalen Rechtsverhältnissen sind deshalb Schiedsgerichtsverfahren zwingend/obligatorisch. Das muss nicht vereinbart sein. Soll davon abgewichen werden, **dann ist dies ausdrücklich zu vereinbaren – Schiedsvereinbarung.**

### **Zusammenfassung, warum ein Schiedsgericht zuständig ist:**

#### **a. Es handeln faktisch feindliche Agenten, die ein fremdes Recht vertreten**

Mit den 2 einfach zu überprüfenden Fakten, dass immer noch Krieg herrscht und Bayern wieder eine nationalsozialistische Diktatur ist, müssten alle niederländischen Juristen die Politiker auffordern, dass entweder die Deutschen aus der EU ausgeschlossen werden oder die Niederlande aus der EU austreten.

Solange dies kein Jurist und Beamter öffentlich fordert, steht er im Verdacht gegen die Niederländer zu handeln. **Er muss faktisch als feindlicher Agent angesehen werden**, als Lügner und Betrüger, der gegen die Interessen der Niederländer handelt.

Was erwarten die Niederländer, wenn sie vor Richtern klagen, die behaupten, dass deren Urteil vor einem neutralen, unabhängigen internationalen Gericht angefochten werden könnte? Diese müssen wissen, dass deren vielleicht gerechtes Urteil von einer höheren Instanz vernichtet wird, weil da auf jeden Fall Lügner und Betrüger Richter sind und sogar mutmassliche Kriegsverbrecher.

#### **b. Mit Steuern dürfen nur Beamte finanziert werden, die das seit Beginn der Staatsgründung vereinbarte, grundsätzliche Recht vertreten**

Was erwarten denn die Niederländer, wenn sie solche Richter und Beamte finanzieren, die sie belügen und betrügen? Wer zahlt, schafft an. Wenn die Niederländer Lügner und Betrüger bezahlen, dann belügen und betrügen die eben die Niederländer, was denn sonst?

Wer sich als Europäer, im Prinzip die ganze Welt, an ein staatliches Gericht wendet, dann unterwirft er sich dem Urteil eines Lügners und Betrügers. Ein Rechtsanwalt, der gegenüber seinem Mandanten behauptet, er würde das volle Recht ausschöpfen, lügt und betrügt. Bevor ein Rechtsanwalt eine Verhandlung mit einem staatlichen Richter beginnt, müsste er als Rechtsanwalt den Richter fragen, wie es dieser damit hält, dass an allen internationalen Gerichten Lügner und Betrüger sitzen.

Also alle staatlichen Gerichte haben sich selbst für unzuständig erklärt.

Herrscht damit Rechtsstillstand?

Keineswegs.

Es gilt was schon immer gegolten hat, der Vorrang von Schiedsurteilen vor staatlichen Gerichten. Das sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

**Daraus folgt, dass Steuern nur an Personen bezahlt werden dürfen, die den Vorrang von Schiedsurteilen vor staatlichen Gerichten anerkennen und dies schriftlich bestätigen.**

#### **IV. Der Weg zurück zum Rechtsstaat**

Für die Niederländer habe ich bereits ein Schiedsurteil, mit dem sie den Krieg beenden können.

In dem internationalen Schiedsurteil vom 21.Okt.2020 wurde mir gegenüber der Koninklijken DSM N.V. Schadensersatz zugesprochen. Wird dieses Schiedsurteil vollstreckt, dann haben die Niederländer bereits den halben Krieg gewonnen. Dann haben niederländische Gerichte den Vorrang von Schiedsurteilen anerkannt. Damit ist der Weg frei, jeden Streit, auch über die Stickstoffverordnung, vor einem Schiedsgericht klären zu lassen.

Wird die Vollstreckung abgelehnt, haben die Niederländer faktisch völlig gewonnen.

Die Koninklijke DSM N.V. kann die Vollstreckung des Schiedsurteils vom 21.Okt.2020 ganz einfach abwenden, in dem sie beweist, dass das rechtliche Gehör verweigert wurde. Sie kann deshalb nochmals das rechtliche Gehör, das heisst unwiderlegte Behauptungen vortragen. Aber das ist in diesem Fall nicht möglich, weil der Sachverhalt bereits Gegenstand mehrerer Gerichtsverfahren war.

#### **A. Vollstreckung eines Schiedsurteils; hier gegen die Koninklijke DSM N.V.**

##### **Die Koninklijke DSM bestreitet das internationale Rechtsverhältnis trotz eindeutiger Beweise.**

Dem Schiedsurteil vom 21.Okt.2020 liegt ein internationaler Vertrag mit der Koninklijken DSM N.V. zugrunde. Eine Niederländerin wird vom DSM-Konzern so stark in ihrer Gesundheit geschädigt, dass diese in Rente muss. Ich übernahm die Vertretung und liess ein Schiedsgerichtsverfahren durchführen. Der DSM-Konzern erhob 77 Seiten Beschwerde gegen das Schiedsurteil vom 14.Okt. 2015 mit 226 Randziffern. Den 6 Forderungen aus dem Schiedsurteil widmete der DSM-Konzern nur beiläufig eine Randziffer. Wichtigstes Argument gegen das Schiedsurteil ist die Behauptung, dass der Vertrag mit dem DSM-Konzern in der Schweiz unterschrieben wurde. Damit läge ein nationales Rechtsverhältnis vor. Deshalb hätte nach der Zivilprozessordnung verhandelt werden müssen und nicht nach dem Internationalen Privatrechtsgesetz.

Toll, oder? Das einzige Argument gegen das Schiedsurteil ist, dass der DSM-Konzern nicht vor einem Richter verhandeln will, den er selbst vorschlagen kann, sondern dass vor einem staatlichen Richter verhandelt werden müsste.

##### **Die Beweise für das internationale Rechtsverhältnis**

Als Beweis, dass der Vertrag in der Schweiz unterschrieben ist, nennt der DSM-Konzern den Rechtsanwalt aus der eigenen Rechtsabteilung, Herrn Isler. Aber Herr Isler war an der Vertragsunterzeichnung gar nicht beteiligt. Mir als Vertreter der Niederländerin liegt der Umschlag vor, mit dem der Vertrag nach Deutschland gesandt wurde, das Anschreiben mit Zustelladresse nach Deutschland und die Wohnsitzbestätigung aus Deutschland. Was soll ich nun glauben?

##### **Hauptgegenstand der Beschwerde des DSM-Konzerns ist in Wirklichkeit die politische Verfolgung**

Hauptgegenstand der Beschwerde des DSM-Konzerns gegen das Schiedsurteil vom 14.Okt.2015 ist meine politische Verfolgung wegen meiner Staatsangehörigkeit. Dazu legte der DSM-Konzern unter anderem meine offenen Briefe an die bayerische Justizministerin vor. Ich kaufte deshalb die Forderungen gegen den DSM-Konzern.

## **DSM-Konzern sorgte für die illegale Auslieferung, um die Vollstreckung des Schiedsurteils zu verhindern**

Daraufhin wurde meine Haustüre aufgebrochen und ich an Deutschland ausgeliefert. Das war bereits wegen dem Personenfreizügigkeitsabkommen rechtswidrig. Dabei wusste jeder, dass die Schweiz meine Auslieferung ausdrücklich abgelehnt hat. Es wurde ganz bewusst der Straftatbestand der Freiheitsberaubung begangen, ganz offensichtlich damit ich das Schiedsurteil nicht vollstrecken kann.

## **DSM-Konzern zwang der Niederländerin ein staatliches Gerichtsverfahren auf**

a. Der Niederländerin wurde vom DSM-Konzern ein Gerichtsverfahren aufgezwungen, obwohl sie keine Partei mehr ist.

b. Ihr wurde ein Pflichtanwalt aufgezwungen mit der Androhung, sie zu entmündigen, falls sie ablehnt.

Damit ist bewiesen, dass ich nur deshalb meiner Freiheit beraubt wurde, damit ein Schiedsurteil nicht vollstreckt werden kann. Die Tatsache, dass ein staatliches Gericht verpflichtet ist, ein Schiedsurteil zu vollstrecken, soll keine Realität werden. Das ist die absolute Bestätigung des Vorrangs von Schiedsurteilen vor staatlichen Gerichten.

c. Der Pflichtanwalt legte dem Gericht die 77 Seiten Beschwerde des DSM-Konzerns gegen das Schiedsurteil vom 14.Okt. 2015 vor. Daraufhin wurde der Pflichtanwalt mit standesrechtlichen Konsequenzen bedroht und damit auch der staatliche Richter. Ich liess deshalb ein weiteres Schiedsgerichtsverfahren durchführen. Der DSM-Konzern erhielt nochmals Gelegenheit zur Stellungnahme. Was soll er noch vorbringen? Er hat sich doch bereits auf 77 Seiten geäußert. Es erfolgt deshalb keine weitere Äusserung. Was will jetzt die Koninklijke DSM N.V. gegen die Vollstreckung einwenden?

## **B. Haftung für das Schiedsurteil**

Wird also vollstreckt, dann haftet für die Vollstreckung nur die Koninklijke DSM N.V.

Wird das Schiedsurteil jedoch nicht vollstreckt, dann liegt ein Verstoss gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts vor, dann haftet jeder Niederländer gesamtschuldnerisch und solidarisch, das heisst mit seinem gesamten Vermögen.

## **Beweis der Verstrickung des niederländischen Staatsapparates über dem DSM-Konzern mit dem WEF**

Wird also nicht vollstreckt, dann liegt der Beweis vor, dass der ganze niederländische Staatsapparat zu Lasten der Niederländer, zugunsten der Koninklijken DSM N.V. handelt. Die Koninklijke DSM N.V. ist strategischer Partner des WEF. Der ehemalige CEO der Koninklijken DSM N.V. war Herr Feike Sijbesma. Er sitzt im Aufsichtsrat des WEF und ist bei der Weltbank für CO<sup>2</sup> Massnahmen zuständig. Er war Coronabeauftragter und wird von Herr D. Martin zusammen mit 2/3 des Aufsichtsrats des WEF für die Corona-Massnahmen verantwortlich gemacht.

Der Schadensersatz, der im Schiedsurteil vom 21.Okt.2020 zugesprochen wurde, beruht auf Straftaten wie Freiheitsberaubung, schwerer Körperverletzung, räuberischer Erpressung, Urkundenfälschung usw. Verantwortlich ist Herr Feike Sijbesma.

Wird dieses Schiedsurteil nicht vollstreckt, dann finanzieren die Niederländer den Schutz von Straftätern mit ihren Steuern und gehen dafür auch noch mit ihrem gesamten Vermögen in Haftung.

Welches Recht fordern dann die Niederländer?

Also haben die Niederländer **die Pflicht** ihre Steuerbeamten aufzufordern, schriftlich zu bestätigen, dass diese die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, das heisst, den Vorrang von Schiedsurteilen vor staatlichen Gerichten anerkennen, genauso wie jeden Bürgermeister.

Folgen die Behörden dieser Aufforderung nicht, dann muss man es öffentlich machen, dass der Bürgermeister, der Steuerbeamte, der Polizist und der Richter es ablehnen, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts einzuhalten und damit einen legalen Kriegsgrund gegen die Niederländer schafft. Jeder niederländische Beamte, der die allgemeinen Regeln des Völkerrechts ablehnt, erlaubt die Vernichtung der Niederländer. Wenn die Niederländer dennoch solche Beamte mit Steuern finanzieren, bezahlen sie selbst für ihre legale Vernichtung. Worüber beschwerten sich die Niederländer?

### **C. Es stehen mir umfangreiche, unbestrittene, durch öffentliche Urkunden anerkannte Schadensersatzforderungen zu.**

Aufgrund der Aktivitäten von Frau Karin Leffer und mir, erstellte Polen im Jahre 2017 ein Gutachten zur Berechtigung von Reparationen. 2018 bezifferte Polen die Forderungen mit 690'000'000'000,-€. Auf meine Frage, ob darin die Freie Stadt Danzig enthalten ist, forderte Polen 2019 850'000'000'000,-€. Vor dem Gericht in Washington DC fordere ich 160'000'000'000,-€ und die Verfügungsgewalt über die deutschen Aussenhandelsüberschüsse in Höhe von 6'000'000'000'000,-€. Ich fragte Polen, ob diese die aussenpolitische Vertretung Danzigs übernehmen und dass man zum Beispiel das deutsche Bundesland Brandenburg zum Territorium der Freien Stadt Danzig erklären könnte. Daraufhin fordert Polen jetzt 1'300'000'000'000,-€ Reparationen.

Also kann ich Abtretungen aus meinen Forderungen machen und Kredite ablösen. Akzeptieren die Banken diese Abtretungen nicht, dann wird vor Gericht gestritten. Dann wird an allen möglichen Orten darüber diskutiert, dass der 2 + 4 Vertrag nicht verwirklicht ist.

Daraus kann ich Abtretungen leisten, gerade an Bauern, die Kredite brauchen.

Die Banken müssen sich dann mit mir über meine Forderungen auseinandersetzen und darüber, wieviel Geld sich von meinen Forderungen auch im Vermögen der Banken befindet. Möglicherweise bin ich der Haupteigner der Bank.

Mit Abtretungen kann man also leicht eine öffentliche Diskussion über die wahren Rechtsverhältnisse erzwingen.

Finden sich genügend Niederländer bereit nur noch Beamte zu finanzieren, die unterschreiben, dass sie die allgemeinen Regeln des Völkerrechts einhalten, dann kann man beliebigende Schiedsgerichtsklage führen.

Klageentwurf:



Name, Strasse, Postleitzahl Ort, Datum

Name, Strasse, Postleitzahl, Ort

An Seine Majestät König Willem-Alexander, König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau

Schiedsgerichtsverfahren wegen der Stickstoffverordnungen

Sehr geehrte Majestät König Willem-Alexander,  
sehr geehrte Damen und Herren der Gemeinde ....

nehmen Sie bitte Stellung zu folgender Klage.

Klage auf Schadensersatz

wegen Verstoss gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts; hier Stickstoffverordnungen

Es wird ein Schiedsgerichtsverfahren nach den Bestimmungen des 12. Kapitels des Schweizer Internationalen Privatrechtsgesetzes durchgeführt.

Als Schiedsrichter wird der Schweizer Staatsangehörige, Herr Uwe Schulze, der niederländische Staatsangehörige, Herr Gerard Nederpel und die deutsche Frau Birgit Malsack-Winkemann vorgeschlagen. Herr Uwe Schulze führt in der Schweiz Schiedsgerichtsverhandlungen bei Marktstreitigkeiten. Herr Gerard Nederpel war als Schiedsrichter in internationalen Seerechtsstreitigkeiten zuständig und Frau Birgit Malsack-Winkemann ist Richterin am Amtsgericht Berlin zuständig für Baurechtsstreitigkeiten.

Seine Majestät König Willem-Alexander und die Vertreter der Gemeinde können weitere Schiedsrichter vorschlagen.

Die von den Parteien vorgeschlagenen Schiedsrichter sollen einen gemeinsamen vorsitzenden Schiedsrichter vorschlagen.

Kommt keine Einigung zustande, soll ein Losverfahren durchgeführt werden.

Sitz des Schiedsgerichts soll St. Margrethen in der Schweiz sein. Im Hotel Ibis Styles, St Margrethen kann öffentlich verhandelt werden. St. Margrethen liegt an einer Autobahnausfahrt. Der Bahnhof ist nur 5 Minuten entfernt. In nur wenigen Kilometern Entfernung befindet sich der Flughafen St. Gallen-Altenrhein.

Gleich neben dem Hotel gibt es ein Mineralbad zur Entspannung.

Kläger in Streitgenossenschaft:

Frau ..... , Strasse Hausnummer, Postleitzahl Ort  
und

Herr ....., Strasse Hausnummer, Postleitzahl Ort  
und ...

und....

gegen

die Bewohner der Niederlande, vertreten durch  
Seine Majestät König Willem-Alexander, König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau  
und in Streitverkündung regional vertreten durch die Gemeinde ..... , vertreten durch ....

wegen Verstoss gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts; hier die  
Stickstoffverordnungen

auf Schadensersatz in noch nicht bekannter Höhe gegen jeden Bewohner der Niederlande,  
der sich nicht an dieser Klage beteiligt, in gesamtschuldnerischer und solidarischer Haftung.

### **Formelles:**

Den Deutschen hat man es ausdrücklich in das Grundgesetz geschrieben:

Art. 25: Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen allen Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für jeden Bewohner des Bundesgebietes.“

Selbstverständlich gilt das auch für die Niederlande.

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind so alt, wie es „Völker“ bzw. Staaten gibt. Staaten unterscheiden sich durch unterschiedliches Recht. Die Staatsangehörigkeit wird durch das Wohnheitsrecht, dem Landesrecht, dem ordre public definiert.

In der Haager Landkriegsordnung als zwingendes Völkerrecht wurde festgelegt, dass auch eine Besatzungsmacht das ordre public beachten muss.

Es gehört verbindlich festgelegt zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts, dass das ordre public nicht entzogen werden darf, also das Wohnheitsrecht.

Ob das ordre public durch neue Gesetze verletzt wird, entscheidet ein internationales Schiedsgericht.

Ein Schiedsgerichtsverfahren ist auch deshalb durchzuführen, weil der 2 (Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Deutsche Demokratische Republik (DDR)) + 4 (Mächte) Vertrag bis heute nicht erfüllt ist und Deutschland wieder eine nationalsozialistische Diktatur ist – siehe Anhang.

Dass diese beiden einfach zu überprüfenden Tatsachen von den niederländischen Politikern, Gerichten und Behörden verschwiegen werden, erregt den Verdacht, dass diese mit einer feindlichen Macht kooperieren.

Dass sich alle internationalen Gerichtshöfe in der Hand der „Deutschen“ befinden, beweist die Vorabanfrage eines Richters aus Thüringen an den EUGH – siehe Anhang.

Es ist deshalb ein Schiedsgerichtsverfahren durchzuführen.

Nach dem Schweizer Internationalen Privatrechtsgesetz, 12. Kapitel ist die einzige Voraussetzung nach diesem Gesetz zu klagen, dass mindestens 1 Partei keinen Wohnsitz in der Schweiz hat. Vollstreckt werden muss so ein Urteil nach dem New Yorker Abkommen aus dem Jahre 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedsurteilen.

So ein Verfahren geht allen staatlichen Gerichten vor. Kein Staat kann sich diesem Schiedsgerichtsverfahren unter Berufung auf sein eigenes Recht entziehen, Art. 177 IPRG.

Sobald mitgeteilt wird, dass ein Schiedsgerichtsverfahren durchgeführt wird, kommen alle staatlichen Verfahren zum Stillstand, Art. 181 IPRG. Der Schiedsrichter entscheidet selbst über seine Zuständigkeit, Art. 186 IPRG.

### **Zu den Parteien.**

#### **Die Kläger:**

Bereits die Vorfahren der Kläger sind Staatsangehörige der Niederlande. Gegenüber den Klägern ist deshalb niederländisches Recht wie es seit Jahrhunderten gegolten hat einzuhalten.

### **Die Beklagten:**

Die Bewohner der Niederlande sind verpflichtet, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts zu beachten. Wer zahlt schafft an. Die Bewohner der Niederlande finanzieren über Steuern die Regierung auch auf Gemeindeebene. Die Bewohner der Niederlande werden vertreten durch Seine Majestät König Willem-Alexander, König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau auf höchster Ebene und durch die Gemeinden auf unterster Ebene.

Deren Aufgabe ist es, dass gegenüber jedem Staatsangehörigen der Niederlande die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, sowohl im Ausland als auch im Inland eingehalten werden.

### **Das anzuwendende Recht – Schiedsvereinbarung:**

Das Recht nach dem verhandelt wird, ist das seit Jahrhunderten tradierte Recht der Niederlande – allgemeine Regeln des Völkerrechts.

Nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts ist gegenüber den Staatsangehörigen der Niederlande deren Eigentumsrecht zu wahren. Dazu gehört das Recht sein Eigentum in freier Entscheidung zu nutzen und seinen Lebensunterhalt damit zu finanzieren.

Die Niederlande sind seit Jahrhunderten ein freiheitlicher Rechtsstaat.

Nach dem ostpreussischen Philosophen Kant endet die Freiheit des Einzelnen, wo die Freiheit des nächsten beginnt. Freiheit bedeutet Verantwortung für seine Handlungen zu übernehmen.

Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo ein anderer die Verantwortung übernimmt.

In einem freiheitlichen Rechtsstaat vertritt die Mehrheit der Abgeordneten niemals alle Staatsangehörigen des Staates.

Deshalb muss die Regierung darauf achten, dass neue Gesetze, das, seit alters her geltende Recht des Einzelnen nicht beschränken.

Auch im Falle einer feindlichen Besetzung muss die feindliche Besatzungsmacht das tradierte Gewohnheitsrecht beachten.

Sieht der Einzelne seine Rechte durch Gesetze, die sein überliefertes Recht beeinträchtigen verletzt, muss er nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts diese Rechte einklagen können.

Auch im Falle einer starken Zuwanderung, kann das alte Recht nicht durch eine Mehrheit von Zugewanderten geändert werden.

In einem freiheitlichen Rechtsstaat müssen staatliche Massnahmen immer die Verhältnismässigkeit der Mittel beachten.

Staatliche Massnahmen müssen immer einen gerechten Ausgleich für die Betroffenen enthalten.

Landwirtschaft nach eigenen Gesichtspunkten zu betreiben ist seit Jahrtausenden in den Niederlanden eine legale Tätigkeit.

### **Sachverhalt.**

Die Stickstoffverordnungen greifen in das Eigentumsrecht und das Recht der freien Berufswahl der Kläger ein.

Diese Verordnungen behaupten, die Landwirtschaft würde das Eigentumsrecht anderer Grundstücksbesitzer beeinträchtigen.

Aber nur ein Grundstückseigentümer, der behauptet seine Grundstücksrechte wären durch die Landwirtschaft beeinträchtigt, hat das Recht, diese Beeinträchtigung zu reklamieren.

Mit den Stickstoffverordnungen massen sich Abgeordneten, die nicht alle Niederländer vertreten an, Rechte von Grundstückseigentümern zu vertreten, ohne diese zu fragen.

Die Abgeordneten, die für die Stickstoffverordnungen sind, übernehmen aber keine Verantwortung, keine persönliche Haftung dafür.

Ein Grundstückseigentümer, der behauptet, die seit alters her praktizierte Landwirtschaft würde sein Grundstück unzulässigerweise beeinträchtigen muss dies beweisen.

Dass was seit alters her praktiziert wurde, gehört zum Landesrecht/ordre public, zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

Die gesamte Lebensplanung mit entsprechenden Investitionen beruht auf dem Grundsatz von Treu und Glauben, dass das altbekannte Recht eingehalten wird.

Soll davon abgewichen werden, dann ist dies im Einzelfall zwischen den Betroffenen zu regeln. Die Niederlande sind keine Diktatur. Es kann auch von einer Besatzungsmacht nicht diktatorisch gegen den Willen der Betroffenen in deren Recht eingegriffen werden.

Seine Majestät König Willem-Alexander, König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau ist zuständig für eine Regierung, die die Rechte jedes einzelnen Niederländers respektiert, auch gegenüber einer Mehrheit von Abgeordneten.

Seine Majestät König Willem-Alexander ist zuständig, dass die von ihm ernannte Regierung Gesetze darauf überprüft, ob diese Gesetze mit den allgemeinen Regeln des Völkerrechts, das heisst mit dem in Jahrhunderten gewachsenen Landesrecht übereinstimmen.

Nochmals: Im Vertrauen auf dieses geerbte Recht hat sich die gesamte Lebensplanung und die gesamten Investitionen ausgerichtet.

Wird dagegen verstossen, dann ist darüber von einem Schiedsgericht zu entscheiden, in welcher Weise Schadensersatz zu leisten ist.

Es ist durch ein Schiedsgericht im Einzelfall zu entscheiden, in welcher Weise ein Ausgleich zwischen einem Landwirt und einem Grundstückseigentümer zu erfolgen hat, der behauptet sein Grundstück würde durch neue Methoden der Landwirtschaft geschädigt.

Dabei sind Verjährungsfristen zu beachten.

Kein benachbarter Grundstückseigentümer der Kläger hat je behauptet, dass die Kläger durch ihre landwirtschaftliche Tätigkeit das Eigentumsrecht der benachbarten Grundstücke beeinträchtigen.

#### **Die Forderungen.**

Die Kläger fordern von den benachbarten Grundstückseigentümern, vertreten durch alle Bewohner der Niederlande, vertreten durch Seine Majestät König Willem-Alexander und vertreten durch die Vertreter der örtlichen Gemeinde,

den Nachweis, dass die Kläger das Eigentumsrecht der benachbarten Grundstückseigentümer durch Methoden der landwirtschaftlichen Nutzung beeinträchtigen.

Der Nachweis des Schadens ist zu beweisen.

Es gelten die üblichen Verjährungsfristen für die Meldung eines Schadens.

#### **Der Urteilsvorschlag.**

Das Schiedsgericht möge entscheiden,

dass die Stickstoffverordnungen generell gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts verstossen,

dass in jedem Einzelfall zu prüfen ist, ob ein Grundstückseigentümer eine Einschränkung von Stickstoff zu Recht fordert.

Das Schiedsgericht möge entscheiden,

dass den Klägern gegenüber jedem Bewohner, einschliesslich der juristischen Personen, einschliesslich Seiner Majestät König Willem-Alexander

Schadensersatz in gesamtschuldnerischer und solidarischer Haftung zusteht, falls die Stickstoffverordnungen gewaltsam durchgesetzt werden.